

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

No 28.

Erscheint jeden Sonntag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

Freitag, den 3. Februar.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gepaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfennige.

1882.

Nachbestellungen

auf den „Freiberger Anzeiger und Tageblatt“ für die Monate

Februar und März

werden von sämtlichen Postanstalten wie von der unterzeichneten Expedition und den bekannten Ausgabestellen in Freiberg, Brand, Langenan, Halsbrüde, Langhemmersdorf und Weichenborn zum Preise von 1 M. 50 Pf. angenommen.

Exped. des „Freib. Anzeiger u. Tageblatt“.

Der Staat und das wirtschaftliche Leben.

I.

Der wichtigste Kampf, welchen unsere Zeit auszufechten hat und an dem vielleicht noch kommende Geschlechter ihre Kräfte zu erproben haben, betrifft die Abgrenzung der Sphäre des Einzelwesens, des einzelnen Staatsbürgers von derjenigen der Gesamtheit und ihres Organismus — des Staates. Der Gegensatz zwischen Individuum und Staat, die Bestimmung der Grenzlinie zwischen den Wirkungskreisen beider — das kehrt fast bei jeder Frage wieder, die in unserem öffentlichen Leben auftaucht. In der Antwort darauf, wie die Grenzlinie zu ziehen sei liegt eigentlich der einzige oder doch wichtigste Parteiunterschied, der heute in der öffentlichen Diskussion sich geltend macht. Dieser Kampf datirt auch nicht von heute und gestern; er ist hervorgerufen einestheils durch die den Menschen vergötternde französische Philosophie des vorigen Jahrhunderts, welche die Meinung verbreitete, der Mensch sei an sich ein vollkommenes, alle Vorzüge in sich vereinigendes Wesen, wenn man nur seine Kräfte sich vollständig frei entwickeln lasse; andernteils durch das von der nationalen Idee hervorgerufene und großgezogene Staatenbildende Prinzip, welches die Machtsphäre des Staates so viel als möglich auszudehnen sucht.

Die damit im Zusammenhang stehenden Fragen wird derjenige, welcher nicht tief einzudringen liebt, natürlich im Handumdrehen beantworten und mit wenigen Schlagwörtern abzutun im Stande sein. Wer sie aber in ihrer weittragenden historischen Bedeutung erfasst und ihnen, frei von den Strömungen des Tages, näher zu treten versucht, wird nicht so leicht zu einem Urtheile kommen, vielmehr die Schwierigkeiten des Abwägens von Für und Wider immer deutlicher empfinden. Es ist ja stets und überall so, je oberflächlicher man ein Ding ansieht, um so einfacher und leichter erscheint es; je tiefer man aber eindringt, um so klarer erkennt man die damit verbundenen Schwierigkeiten.

Um dies zu beweisen, wollen wir hier nur ein Gebiet hervorheben, auf welchem heutzutage die Stellung des Staates am meisten umstritten ist, zumal dabei nicht nur Meinungen, sondern auch Interessen im Spiele sind — das wirtschaftliche Gebiet. In der Theorie ist hier verhältnismäßig noch am leichtesten der Nachweis zu führen, daß der Staat in seiner Thätigkeit so weit als nur irgend möglich eingeschränkt werden muß. Und doch lehrt uns die Praxis, daß der Staat gerade auf diesem Gebiete mit Erfolg immer weiter um sich gegriffen hat und daß damit schließlich auch diejenigen einverstanden gewesen sind, welche prinzipiell von solcher Wachtentfaltung des Staates nichts wissen wollen. Die liebe Gewohnheit umkleidet hier das vom Staate verfolgte Prinzip so vollständig, daß es selbst von seinen Gegnern kaum mehr bemerkt, wenigstens nicht mehr Anstoß daran genommen wird.

Bemerkenswerther Weise sind die Zweige, die der Staat im wirtschaftlichen Leben an sich gezogen, gerade diejenigen, mit denen wir in Deutschland am meisten zufrieden

sind und auf die wir Deutschen mit Recht dem Auslande gegenüber uns etwas einbilden. Wer je im Auslande war, weiß sehr wohl, daß in Bezug auf Post, Telegraphen und Eisenbahnen wir auf unsere deutschen Institutionen uns etwas einbilden können, ja daß wir in Bezug auf sie fast allen Nationen voraus sind, mindestens mit keiner den Vergleich zu scheuen brauchen. Und doch sind dies Gebiete, auf welchen der Staat nach der Theorie eigentlich nichts zu suchen hätte. Die Uebermittlung von Briefen, von telegraphischen Mittheilungen, der Transport von Personen und Waaren — damit hat nach theoretischer Begrenzung der Staat nichts zu schaffen; es sind dies Geschäfte, die eigentlich der Privatthätigkeit zu überlassen wären, denn der Staat hat doch nicht den Expeditur zu spielen. Doch betreibt er diese Geschäfte und wir würden uns jedenfalls sehr wundern, wenn er eines Tages diese Verkehrswege der Privatindustrie überlassen wollte.

Die Post ist in den meisten deutschen Ländern durch eine langjährige Geschichte mit dem Staatswesen verwachsen. Das Telegraphenwesen datirt zwar aus jüngerer Zeit, aber es war bei uns von Anfang an in den Händen des Staates, so daß auch hier das enge Zusammenwachsen beider nicht besonders auffällig erscheint. Anders aber verhält es sich mit dem Eisenbahnwesen. Hier sehen wir neben dem Staate auch das Privatkapital mit Erfolg thätig, sehen das letztere den Staat sogar vielfach bekämpfen, sehen endlich ihn in anderen Ländern sogar das Feld ausschließlich dem Privatkapital überlassen — und doch gewinnt der Staat nicht nur bei uns vollständig die Oberhand, sondern er macht auch in anderen Ländern vielfach Versuche, das anfangs vollständig preisgegebene Terrain wieder zu gewinnen. In dieser Hinsicht ist ein jüngst in der „Deutschen Rundschau“ erschienener Artikel äußerst instruktiv, welcher unwiderleglich den Nachweis führt, wie gewaltige Fortschritte der Staatsbahngedanke im letzten Jahrzehnt nicht nur bei uns in Deutschland, sondern auch anderwärts gemacht — einfach an der Hand der Praxis, ohne daß theoretische Voreingenommenheiten für oder wider den Ausschlag gegeben hätten. Wir kommen morgen etwas näher auf diesen Artikel zurück.

Tageschau.

Freiberg, 2. Februar.

Eine kürzere Sitzung als die gestrige hatte das preussische Abgeordnetenhaus schwerlich jemals zu verzeichnen, denn sie dauerte nur 15 Minuten. Zunächst theilte der Präsident mit, daß der Abg. Dr. Falk wegen seiner Ernennung zum Präsidenten des Appellationsgerichts in Hamm sein Mandat als Landtagsabgeordneter niedergelegt habe. Hierauf erfolgte die Vereidigung mehrerer Abgeordneter. Abg. Hörlich verweigerte die Eidesleistung; der Präsident erklärt, daß der Verfassung zufolge dieser Abgeordnete nicht berechtigt sei, seinen Sitz in der Kammer einzunehmen. Verschiedene Vorlagen wurden an die Ausschüsse verwiesen. Der Gesetzentwurf über Abänderung der Verordnung über die Bildung und den Geschäftskreis eines evangelisch-reformirten Konsistorii in der Stadt Frankfurt a. M. vom 8. Februar 1820, sowie des organischen Gesetzes vom 5. Februar 1857 über Abänderung einiger die evangelisch-lutherische Kirchenverfassung betreffenden Bestimmungen der Konstitutions-Ergänzungsakte der Stadt Frankfurt a. M. wurden in erster und zweiter Lesung ohne Debatte genehmigt. — In der Presse wird vielfach die Frage ventilirt, ob der Reichstag zu einer außerordentlichen Frühjahrsession einberufen werden wird oder nicht. Während die meisten Blätter diese Frage verneinen und auf Grund einer Aeußerung des Fürsten Bismarck selbst behaupten, die Reichsregierung habe diese Absicht vollständig aufgegeben, wird von anderer Seite nicht minder bestimmt das Gegentheil versichert. In Wahrheit hängt, wie man verschiedenen Blättern schreibt, die Entscheidung wesentlich von dem Ausgange der soeben begonnenen Landtagsverhandlungen ab. Kommt wäh-

rend derselben der kirchenpolitische Ausgleich zu Stande, und zwar in einer Form, die das Zentrum befriedigt und dessen Unterstützung für die sozialpolitischen Entwürfe der Regierung wahrscheinlich macht, so wird der Reichstag sicher wieder im Frühjahr einberufen und mit mehreren großen Vorlagen sozialpolitischer Art befaßt werden. Kommt der Ausgleich dagegen nicht zu Stande, so ist die Wiedereinberufung fraglich. — Am Schlusse einer längeren Besprechung, welche die „Prov.-Korr.“ der Reichstagsession widmet, faßt dies Organ sein Urtheil wie folgt zusammen: „Die Session ist in ihren tatsächlichen Ergebnissen wie in ihren Anregungen und Erörterungen in vieler Beziehung eine befriedigende zu nennen. Es ist wohl nicht unberechtigt, aus diesem verhältnismäßig guten Anfang der Thätigkeit des Reichstags auch die Hoffnung herzuleiten, daß derselbe, mehr und mehr den Parteigegensätzen und der Parteipolitik entzogen, sich in Zukunft wirksam und fördernd an den großen reformatorischen Aufgaben betheiligen werde.“ — Alle Angaben, welche über den Stand der Arbeiten bezüglich des Tabaksmonopols verbreitet sind, werden von unterrichteter Seite doch als wenig zutreffend bezeichnet. Richtig ist nur, daß wiederholt angebahnte Vorarbeiten nicht die Zustimmung des Reichstages fanden und erneute Aufstellungen nötig machten. Letztere sind aber noch nicht beendet und es kommt somit nicht davon die Rede sein, daß der Entwurf bereits den einzelnen Bundesregierungen zur Begutachtung zugehen sollte. — Gestern Nachmittag 2 Uhr wurde in Berlin die Sammlung der von Schliemann gefundenen trojanischen Alterthümer im Kunstgewerbemuseum von dem Kaiser eröffnet. Derselbe war begleitet von der Kaiserin und dem Kronprinzenlichen Paare.

Wie man aus Baden meldet, bestätigen die letzten Untersuchungen, welche die Aerzte anstellten, die anhaltende Besserung im Augenleiden des Großherzogs. Die entzündlichen Erscheinungen fahren fort, zurückzutreten und die Zunahme des Sehvermögens schreitet allmählich vor. Der Fortgang der Rekonvaleszenz des hohen Herrn hat jedoch leider durch nächtliche Schlaflosigkeit nachtheilige Störungen erlitten. Der Erbgroßherzog, der bis vor Kurzem sich in Baden aufhielt und nur ab und zu nach Karlsruhe kam, um die Vorträge der Minister entgegenzunehmen, hat jetzt seinen Wohnsitz für die Dauer seiner Stellvertretung dorthin verlegt.

Die österreichischen Minister haben den Delegationen ausführliche Mittheilungen über den Stand der Dinge auf dem Insurrektionschauplatz gemacht. Der Reichsfinanzminister gab der Versammlung ein orientirendes Bild der Situation und bemerkte, daß zu der theilweise vorhandenen Unzufriedenheit sich wohl auch einzelne sporadische Agitationen von Außen hinzugesellt hätten. Der Minister konstatarie indeß auf das Nachdrücklichste, daß die Regierungen der benachbarten Staaten der Agitation fernstehen. Es seien Maßregeln ergriffen, um eine Ausdehnung des Aufstandes nach Bosnien zu verhindern. Auf eine fernere Anfrage des Grafen Apponyi betreffs der „fremden Einflüsse“ antwortete der Minister des Auswärtigen, Graf Kalnoki, in ausführlicher Rede und sagt, der Passus der Denkschrift, mit welchem Graf Apponyi seine Frage verbinde, beziehe sich nicht auf das Vorhandensein auswärtiger Einflüsse einer Regierung oder eines Landes. Während der letzten 6 Jahre hätten sich nicht nur in Bosnien und in der Herzegowina, sondern auf der ganzen Balkanhalbinsel eine Menge Elemente gesammelt, welche die Agitationen professionmäßig betrieben und deren Wirksamkeit bis nach Thessalien und bis zur Donau sich erstrecke. Durch die Okkupation Bosniens und der Herzegowina seien diese Elemente daraus zwar verdrängt worden, sie hätten aber theils an den Grenzen des Landes Aufenthalt genommen, theils sich südlich selbst bis nach Konstantinopel gewandt. Solche aus allen Richtungen zurückkehrende Agitatoren bewirkten hauptsächlich die Verstärkung und Organisirung der vordem schwachen Räuberbanden, sie kannten die Schlupfwinkel und geheime Waffendepots, so daß die Räuber plötzlich mit modernen Gewehren bewaffnet auftreten könnten. Diese Elemente seien in der Denkschrift unter den „auswärtigen Einflüssen“ gemeint. Er könne mit gutem Gewissen behaupten, daß andere von außen her kommende Einflüsse nicht vorhanden seien. In einer Zeit geheimer, sozialer und politischer Assoziationen sei es natürlich, daß Selbstunterstützungen im Geheimen

Genelleton in der Beilage.